

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 20 (1926)
Heft: 11-12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Gegner aus den verschiedenen Lagern in gemeinsamer Arbeit zusammen zu bringen. Dass am Eröffnungsabend der Präsident des Freistaates, Cosgrave, und der Führer der Republikaner, de Valeira, zum ersten Mal an einer Veranstaltung sich gemeinsam einfanden, wurde als Merkwürdigkeit verzeichnet und als grosser Fortschritt gebucht, wie denn überhaupt das Miteinanderwirken der Republikanerinnen, der Anhängerinnen des Freistaates und der Arbeiterinnen in den Vorarbeiten für den Kongress schon ein Stück Versöhnungsarbeit an sich war.

Zum Abschluss sei es mir erlaubt, das Urteil einer japanischen Delegierten, Tano Jodai, der einzigen Vertreterin ihres Landes, über den Kongress anzuführen:

„Ein einsamer, orientalischer Neuling in der Friedensbewegung erhielt einen beinahe überwältigenden Eindruck von der wunderbaren technischen Kenntnis, die am Kongress in Dublin zu Tage trat. Aber noch tiefer war der Eindruck von der ehrlichen Ueberzeugtheit, die aus dem Interesse und der Begeisterung der Delegierten sprach. Es lag darin etwas, das zu tief ist, als dass man es analysieren könnte und zu lebendig, als dass man es sezieren dürfte. Der Internationalismus ist dieser Besucherin aus dem Orient dadurch zur Wirklichkeit geworden. Der Osten ist der Osten und wird der Osten bleiben; aber er teilt mit dem Westen ein gemeinsames Ziel: die Durchdringung der Seele der Nationen mit dem Ideal der Liebe und Menschlichkeit durch das allein wir alle uns vereinigen können in einem dauernden aufbauenden Werke für die Menschheit. Internationalismus ohne Religion ist nicht nur undenkbar, sondern auch undurchführbar. In einem Neuling in der Friedensbewegung ist durch diesen Kongress die Sehnsucht nach einem weiteren und tieferen Eindringen in Gottes Pläne für seine Welt neu erwacht.“ C. R a g a z.

Der Schweizerische Zweig der Internationalen Frauenliga umfasst gegenwärtig sechs Ortsgruppen: A a r a u: Präsidentin Frau Dr. Lejeune-Jehle, Kolliken, Aargau; A r b o n: Frau Lauber, Schiffländestr. 1; B e r n: Fräulein Dr. Grütter, Schwarztorstr. 20; K n o n a u e r a m t: Fräulein Hedwig Walter, Obfelden; T ö s s t a l: Frau M. Früh, Wila; Z ü r i c h: Fräulein K. Honegger, Tödistr. 45. Korrespondierendes Mitglied in Genf ist Mademoiselle C. Vidart, rue Condolle. Nähere Auskunft erteilt auch gerne die Präsidentin des Schweizerischen Zweiges: F r a u C. R a g a z, Gartenhofstr. 7, Zürich.

Rundschau

Zum Getreidemonopol. Vorbemerkung. Die Abstimmung über das Getreidemonopol ist ohne Zweifel eine wichtige Sache. Es sind dabei ethische und soziale Prinzipien von grosser Tragweite im Spiel. Da aber der Redaktor sich durchaus nicht kompetent fühlt, darüber zu schreiben, so hat er einen Mann, der ohne Zweifel diese Kompetenz besitzt wie wenige, und dazu eine grosse Unabhängigkeit des Denkens, Herrn Dr. A n d r e a s G a d i e n t, gebeten, sich über die Frage in den „Neuen Wegen“ kurz zu äussern und ist nun dankbar, den Lesern seine Meinung vorlegen zu dürfen. Diese werden sich herzlich freuen, den tapferen Verfasser des von der modernen Inquisition verfolgten, ausgezeichneten Buches über das „Prättigau“ (das bei dieser Gelegenheit wieder warm empfohlen sei) in den „Neuen Wegen“ zu begegnen.
D. Red.

Die Aussichten für das Monopol bessern sich seit dem Frühling von

Woche zu Woche, je näher die Abstimmung heranrückt. Das ist bezeichnend. Die rein gefühlsmässige Einstellung musste einer nüchternen Ueberlegung weichen. Gar mancher, der sich in seiner Antipathie gegenüber Staatssozialismus und Etatismus sträubt gegen jede Erweiterung der Staatsgewalt, sieht sich bei gründlichem Studium des ganzen Problems durch unerbittliche Tatsachen Schritt für Schritt abgedrängt von diesem rein prinzipiellen Boden. Mit einseitigen Theorien lösen wir heute bei dem unendlich komplizierten Getriebe und Ineinandergreifen wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht mehr. Auch die Sozialdemokraten konnten sich dieser Einsicht nicht verschliessen, sonst hätten sie die Vorlage ablehnen müssen, da sowohl wirtschaftliche Rüstung und Sicherung des Landes, wie einseitiger Schutz nationaler Produktion ihrem Programm direkt zuwiderlaufen.

Die Landwirtschaft leidet heute unter einer schweren Krise, und diese Krise kann sich zur Katastrophe auswachsen, wenn nicht Hilfe kommt. Der Bauer erhält heute für den Liter Milch noch 20—21 Rappen, also nicht ganz 20% mehr als vor dem Kriege, während wir für die andern Bedarfsartikel noch immer mit einem Index von 150 rechnen müssen. Darunter leidet aber nicht bloss der Milchbauer. Er kann dem Züchter der Bergtäler nicht mehr den Preis bezahlen, den dieser für sein Zuchtvieh haben sollte, um existieren zu können. Nun wirft man dem Bauer vor, er habe die Krise selber verschuldet durch eine Ueberproduktion von Milch. Wie steht es damit? Die Gesamtmilchmenge betrug schon 1915 25,0 Mill. q, 1916 24,6 Mill. q. und im Jahr 1925 25,04 Mill. q. Diese geringe Zunahme vermag also die Krise nicht zu erklären. Wohl aber der immer schwieriger und kleiner werdende Export von Emmentalerkäse. Der dem Käser garantierte Preis beträgt heute bloss 2,12 Fr. pro kg., was einem Milchpreis von 20 Rappen gleichkommt. Trotz dieses niedrigen Preis überstieg die letztjährige Produktion den Export und den Inlandkonsum um 500 Wagenladungen. Fällt der Schutz des Getreidebaues, gehen weitere Gebiete zum Grasbau über, die produzierte Milchmenge wird noch grösser, das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage noch schlimmer und der Zusammenbruch vieler kleiner Existenzen unausweichlich. Denn wer will im Ernste dem Bauern zumuten, dass er zu einer extensiven Wirtschaft übergehe, dass er den Milchertrag pro Kuh herabdrücke, in einer Zeit, wo alles nach Rationalisierung und Intensivierung ruft! Um die Ueberproduktion einzuschränken, kann es sich einzig darum handeln, dass der Bauer die Zahl seiner Kühe herabsetzt, also seinen Betrieb verkleinert. Soll dadurch aber die Landflucht nicht in verstärktem Masse einsetzen, muss der Bauer anderweitige Betätigung suchen, und diesen Ersatz findet er im Getreidebau.

Gestatten die klimatischen und Bodenverhältnisse in der Schweiz aber einen Qualitätsbau von Brotgetreide? Sicher. In einigen Landstrichen, vor allem im ganzen Voralpengebiet, verunmöglichen zwar die hohen Niederschläge den Kornbau. Aber es bleiben noch eine Reihe von Gebieten, die sich für den Getreidebau gut eignen, so der nordwestliche Teil des Mittellandes längs des Juraufusses vom Boden- zum Genfersee und einige niederschlagsarme Alpentäler, wie das Wallis, das Unterengadin und das bündnerische Rheintal. Wir hatten sogar in Graubünden (Fläsch) schon Hektarerträge an Weizen bis zu 26 q. (An der Spitze aller Länder steht heute Holland mit einem mittleren Hektarertrag von 27 q.) Auch die Qualität des Kornes ist gut, und Müller und Bäcker ziehen ausländische Weizen nur darum vor, weil diese beim Mahlen und Backen einen grösseren Wasserzusatz ertragen.

Noch um 1850 deckte der einheimische Getreidebau für rund 300 Tage im Jahr den Bedarf. Dann wurde das schwerfällige Fuhrwerk verdrängt durch die Eisenbahn, und ein Getreideacker um den andern verschwand. Warum? Die Schweiz erhob auf ausländisches Getreide keinen Zoll. (Er betrug bis zum Jahre 1921 60 Rappen pro 100 kg.) Der schweizerische Getreidebau sah sich also hineingestellt in den internationalen Wettkampf. Das Getreide ist lange

lagerfähig, relativ teuer, leicht zu transportieren, eines der wichtigsten und unentbehrlichsten Nahrungsmittel, alle Eigenschaften, die es zum eigentlichen Produkt des internationalen Güteraustausches werden liessen. Als Exporteure traten immer wieder neue Länder auf, mit billigem, noch unverbrauchtem, jungfräulichem Boden und billigen Produktionsmethoden. Während die übrigen Preise bei uns von 1860 bis 1910 durchschnittlich um mehr als 100 % stiegen, sank der Getreidepreis sogar unter den Stand von 1860. Es kosteten 100 kg

	Weizen	Milch	Fleisch
1860	32.75	9.20	92.—
1890	23.50	12.40	152.—
1910	22.65	18.65	196.—
Differenz	—30,8%	+102,7%	+113,0%

Wer darf sich angesichts solcher Zahlen wundern über den stetigen Rückgang des Getreidebaues, der vor dem Kriege nur noch einen Achtel des Bedarfes deckte. Wir möchten alle, die glauben, der einheimische Getreidebau könne auf eigenen Beinen stehen und bedürfe keines Schutzes, auf die unerbittlichen Tatsachen hinweisen, die in diesen Zahlen enthalten sind. Ohne staatlichen Schutz wird der Getreidebau, der heute über ein Viertel des Bedarfes deckt, unfehlbar zurückgehen.

In den Kriegs- und Nachkriegsjahren hat es sich gezeigt, dass die einfachste und wirksamste Förderung des Kornbaues besteht in der Uebernahmepflicht des Bundes. Und nun wagte man den kühnen Griff, diese Uebernahmepflicht in die Vorlage vom 5. Dezember hereinzunehmen, sie also in der Verfassung zu verankern. Darin liegt das Neue, Einzigdastehende der Monopolvorlage. Interessanterweise dreht sich der Abstimmungskampf aber gar nicht um diesen wichtigsten und entscheidenden Punkt. Denn auch die Gegner der Monopolvorlage, die Initianten, postulieren in ihrer Initiative die Uebernahmepflicht des Bundes. Auch nach der Initiative müsste der Bund jährlich aus Lagerbeständen und übernommem Inlandgetreide 12—15000 Wagenladungen, also mehr als ein Viertel des gesamten Konsums, absetzen. Aber die Initiative gibt ihm kein Recht, dieses Getreide auf die Importeure oder die Müller abzuwälzen. Auch schweigt sie darüber, wie die Kosten der Getreideversorgung gedeckt werden sollen. Es käme wohl nur ein Getreidezoll in Frage. Die Initiative müsste daher schon bei der Abstimmung, sicher aber bei ihrer Durchführung auf unüberwindliche Hindernisse stossen.

Die Vorlage der Bundesversammlung verbindet mit der Uebernahmepflicht des Bundes das Einfuhrmonopol. Die Monopolverwaltung geniesst als Grossabnehmer und sicherer Zahler beim Einkauf gegenüber dem Kleinkäufer Vorteile. Auch kennt sie genau ihren Bedarf, ist des Wiederabsatzes sicher, verfügt über genügend Mittel und Lagerräume, kann daher günstige Konjunktoren viel reichlicher ausnützen als der private Importeur. Aus den daraus resultierenden Gewinnen ist sie imstande, wenigstens einen Teil der Kosten für die Förderung des inländischen Getreidebaues und der Lagerhaltung zu tragen. Der einheimische Getreidebau lässt sich darum am billigsten, am einfachsten und am wirksamsten fördern in Verbindung mit dem Einfuhrmonopol.

Dies bestreiten zwar auch die Gegner nicht. Aber sie machen prinzipielle Bedenken geltend. Das geheiligte Dogma vom freien Spiel der Kräfte ist in Gefahr, und damit das wirtschaftliche und kulturelle Wohl der Menschheit. Denn ohne einen ungehemmten Profithandel, ohne das völlig freie Walten und Wüten jedes Einzelnen, erlahmt die Energie, gibt es keinen Fortschritt mehr, lehrt das Manchestertum, auf das man plötzlich wieder schwört. Welch ein Zeugnis, das man damit der Menschheit ausstellt! Und Welch ein Ideal menschlichen Zusammenlebens, wenn jeder unbekümmert um den andern rücksichtslos seinem Ziele zustrebt! Kampf aller gegen alle. Vor allem aber muss man die Tempelhüter des wirtschaftlichen Liberalismus daran erinnern, dass gerade sie das freie Spiel der Kräfte ausschalten. Es vergeht fast keine Woche, die uns

nicht wieder einen neuen Trust, ein internationales Kartell bringt, wo sich mächtige Gesellschaften zusammenschliessen, um einem ganzen Lande und ganzen Völkern ihren Willen und ihre Preise aufzuzwingen. Staaten wie England und die U. S. A., ehemalige Hochburgen des Freihandels, gehen dazu über, ihre nationale Produktion zu schützen. Und in der Schweiz? Wo findet sich in Industrie oder Gewerbe noch ein Produktionszweig, der in den Nachkriegsjahren nicht erdrückt worden wäre durch die ausländische Konkurrenz ohne Zölle und Einfuhrverbote? Und was sind die Millionen, die der Staat Industrie und Gewerbe zuwendete und heute noch zuwendet bei der beschleunigten Elektrifikation, bei der Vergebung von Aufträgen für die Militärverwaltung, anders als nationaler Protektionismus? Und wie vertragen sich endlich die Submissionsverordnungen des Gewerbes mit dem freien Spiel der Kräfte?

Wir vermögen daher den Jammer über den angeblichen Verrat der Monopolvorlage gegenüber der Handels- und Gewerbefreiheit nicht ganz ernst zu nehmen. Wohl aber erwarten und erhoffen wir von der Vorlage nicht bloss einen wirtschaftlichen, sondern auch einen hohen ethischen Gewinn. Wer mit unserm Bauernleben näher vertraut ist, weiss, welchen Einfluss grosse Preisschwankungen haben, wie die Spekulationswut auch den Bauern erfasst, wie dadurch ein bedauerliches und ungesundes Moment in unser Bauernleben hineinkommt. Die Monopolvorlage sichert dem Bauern nun nicht bloss die Abnahme zu, sondern auch einen Preis, der den Anbau ermöglicht. Nun weiss der Bauer, der sein Feld bestellt: „Ich kann zwar nicht reich werden mit meinem Getreide, aber wenn nicht völlige Fehlernten eintreffen, wird mir wenigstens meine Arbeit bezahlt.“ Stellt man ihn aber hinein in das internationale Kräftespiel, so wird er zum Spielball eines blinden Zufalls, da wirtschaftliche, politische, klimatische und spekulative Einflüsse auch in Friedenszeiten die internationalen Getreidepreise scharfen Schwankungen unterwerfen; schwankten doch die Preise an der Börse von Chicago noch in den letzten zwei Jahren zwischen 91 und 208 cents per bushel.

Fällt die Getreidevorlage am 5. Dezember, wird nach unserer festen Ueberzeugung eine monopolfreie Lösung noch viel weniger durchzubringen sein. Nun gehört es zu den Tücken der Politik, dass das Schicksal zweier ganz verschiedener Probleme zufällig verknüpft wird. So auch hier. Wir stimmen am 5. Dezember nicht bloss über die Getreidevorlage, sondern auch über die Alkoholreform ab. Wer die wenig erbaulichen Verhandlungen über die harmlose Biersteuer verfolgte, kann sich ein Bild machen von den Widerständen, auf die eine Revision der Alkoholgesetzgebung stossen wird. Wer aber mit uns der Ueberzeugung ist, dass diese Revision kommen muss und vor allem recht bald kommen muss, der frage sich am 5. Dezember zweimal, ob er einem Scheinprinzip zuliebe dieses Werk gefährden darf. A. G a d i e n t.

Etwas Chronik. Ich will versuchen, einige Hauptereignisse der letzten Wochen wieder so zu gruppieren, dass ich auf die eine Seite diejenigen stelle, die mir bedrohlich oder doch unerfreulich erscheinen und auf die andere solche, die man als tröstlich und verheissungsvoll betrachten darf, alles in grösster Kürze. Dabei sehe ich im allgemeinen von Ereignissen ab, die ich entweder in der „Rundschau“ oder in der Rubrik „Zur Weltlage“ ausführlicher behandle.

Das bedrohlichste aller Zeichen ist natürlich all das, was sich um das neueste sog. **Attentat auf Mussolini** gruppiert. Dieser zerstoebene und zerstampfte 15jährige Knabe **Zamboni**, ob er nun wirklich auf den Diktator geschossen habe oder nicht (welch letzteres wahrscheinlich ist), ist das nicht entsetzlich? Man denke es sich doch aus, wenn man kann! Nach den „Naturgesetzen des Geistes“ muss es da zu furchtbaren Dingen kommen. Was ist dagegen zu tun? Beleuchtung durch die Wahrheit, Bekämpfung alles Gewalt- und Diktaturgeistes, wo immer er sich zeige, Koalition aller Kräfte der

Menschlichkeit und Freiheit gegen dieses Regiment, Achtung des Faschismus durch das Weltgewissen, soweit es ein solches gibt, vollkommene Klarheit über die drohende Gefahr, stille Abwehrmassregeln, Bewusstsein aller Kämpfer für Gottes und des Menschen Sache, dass hier der europäische Gefährpunkt ist. Erwähnt sei der italienische Mönch Bevilacqua, der seine Meinung über den Faschismus offen heraussagte, natürlich unter Lebensgefahr, und seiner Kirche anriet, den Faschismus etwas weniger nach Methoden des Tauschhandels zu beurteilen. Ehre sei ihm! Es gibt noch wahre Mönche, es gibt noch Helden Christi, in der katholischen Kirche und anderswo. — Ein Zeichen von ähnlicher Bedeutung, die östliche Gefahr kündend, ist die Tatsache, dass englische Kriegsschiffe die Stadt Wanhsien in China bombardierten, um Vergeltung für einen Ueberfall von chinesischen Seeräubern auf ein englisches Schiff zu nehmen und dabei nach chinesischer Darstellung 5000, nach englischer 3000 ganz und gar unschuldige Menschen, meistens Frauen und Kinder massakrierten. Man denke darüber nach! Es gelang, diese Tatsache der letzten Völkerbundsversammlung von der Tribüne aus mitzuteilen — auch ein Faktum! — und die englischen Deputierten standen übel da. Keiner fand den Mut, eine solche furchtbare Schandtats ehrlich vor aller Welt zu verurteilen. Aber England wird sie bezahlen müssen! Sein Schuldkonto ist ohnehin nicht klein. Dieses Ereignis beleuchtet, wie gesagt, die Lage von Osten her. Dass es eine Welttribüne gibt, wo solches mitgeteilt werden kann, ist doch gut. — Ebenso die Lage beleuchtend ist die Tatsache, dass Norwegen sein Schnapsverbot aufgehoben hat. Denn das gewaltige Anschwellen des Lasters gehört zum Bilde der heutigen Welt. In Amerika haben freilich nicht, wie vielfach berichtet wurde, die Wahlen den Prohibitionsgegnern lauter Erfolge gebracht, die Wagschalen schwankten; doch scheint die Prohibition einen schweren Kampf zu haben. — Schlechthin eine Schande ist es, dass in der Schweiz die Initiative auf Neueinführung der Spielhöllen von 130,000 Schweizerbürgern unterschrieben worden ist. Verworfen wird sie deswegen doch werden, wenn wir Gegner unsere Pflicht tun. — Eine, gelinde gesagt, unbegreifliche Sache ist es, wenn die preussische Sozialdemokratie durch stillschweigende Zustimmung den Hohenzollern neben Dutzenden von Schlössern und 300,000 Hektaren Land (eine riesige Fläche!) noch 15 Millionen Mark Entschädigung (für was?) verschaffen, während für die Arbeitslosen die Kassen leer sind. Da muss man sich über die Zunahme der kommunistischen Stimmen nicht wundern. — In Russland hat sich, wenn die zu uns gedruckenen Berichte richtig sind, die Opposition gegen den regierenden Bolschewismus in den Formen unterworfen, die sonst nur in der römischen Kirche üblich waren. Man sieht, wie alle Systeme einer Gewalt-Autorität sich gleichen. Ähnliches würde bei uns versucht, wenn einmal eine Diktatur Grimm, Reinhardt, Nobs und so fort fest im Sattel sässe. — Endlich der Zusammenbruch des englischen Bergarbeiterstreikes. Unendlich traurig! Ein Heldentum, das seinesgleichen sucht, aber tragischen Umständen und eigenen Fehlern erliegt, ein Auftakt zu Ereignissen einer nahen Zukunft, die freilich nicht immer mit einem Triumph der Unternehmer endigen müssen.

Unmittelbar an dieses Ereignis voll dunkler und schwerer Weissagung der Zukunft schliesst sich der grosse Sieg der englischen Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen, wo sie rund 150 Sitze gewinnt und grosse Städte erobert. Das ist schon eine Reaktion auf die schmachliche Haltung der Regierung im Bergarbeiterstreik. Mögen bald andere folgen, bis zum Sturze dieser Regierung, auf der eine sehr schwere Verantwortung für den heutigen Weltzustand liegt. — Eine Freude haben darf man wohl an dem Ergebnis der englischen Weltreichskonferenz, das in der Erklärung der vollen Autonomie der „Dominions (d. h. Kanadas, Südafrikas, Australiens, Neuseelands und Tasmaniens) besteht. Das englische Weltreich kann nur leben

als eine freie Republik freier Völker. Diese Tatsache muss ihre Folgen haben. Aber wer daraus auf die baldige Auflösung des Reiches schliesse, würde sich jedenfalls übel verrechnen. — Dass der scheinbar mächtigste Mann und zeitweilige Diktator Deutschlands, General von Seeckt, der Wiederhersteller der alten deutschen Wehrmacht, wegen einer Unvorsichtigkeit (Zulassung eines Hohenzollernprinzen zu den Manövern) stürzen musste, beweist zwar noch nicht, dass sein Werk nicht fortgesetzt werde, aber doch, dass die Allmacht des Säbels in Deutschland gebrochen und der Einfluss der Zivilgewalt seit Zabern bedeutend gewachsen ist. — Das *Wirtschaftsmanifest* von Führern der Finanzmacht und des Wirtschaftslebens überhaupt, das Niederlegung der heutigen Zollschranken und anderer Hindernisse von Handel und Verkehr fordert, beweist doch, dass die Bewegung auf eine Solidarität Europas und der Welt hin sogar bei denen zunimmt, die sich daran bisher am schwersten versündigt, und wemns auch nur aus Verstandeserwägungen geschieht. — Die *Wirtschaftskonferenz* des Völkerbundes scheint auch rascher, als man erwartet, zu Stande zu kommen und auf guten Wegen zu sein. Sogar mit der *Abüstungskonferenz* stehe es nicht so schlimm. — Endlich noch drei kirchlich-religiöse Notizen. Pfarrer Schafft in Cassel ist von seiner Behörde „freigesprochen“ worden. (Vgl. die letzte Chronik.) Dafür kommt Pfarrer Hartmann in Solingen-Foche an die Reihe, weil er es nicht ganz selbstverständlich fand, dass Christentum und Kriegervereine allzusehr identifiziert würden. (Vgl. den Rundschauartikel darüber.) — Die römisch-katholische Kirche hat den heidnischen Katholizismus eines Charles Maurras von der „Action Française“, dieses interessante Gebilde, verurteilt, mit Recht. Das ist ein Zeichen, dass ihre Macht steigt. Sie hat aber — diplomatisch — zu lange gewartet.

Summa: Da die bösen Zeichen vorläufig sich fast von selbst verstehen, so wollen wir sie zwar wohl bedenken, uns aber an den andern desto mehr freuen. Schliesslich hangen beide Arten von Zeichen zusammen und wahr wird auch das Wort sein: „Es ist ein Keim des Guten in dem Bösen.“

Zum sozialdemokratischen Parteitag. Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie, der am 6. und 7. November in Bern stattfand, stand im Zeichen des Kampfes zwischen Bolschewismus und Demokratie. Allgemeiner ausgedrückt könnte man sagen: im Zeichen des Kampfes um das Problem der Gewalt. Denn darauf lief im Grunde alles hinaus. Es lagen als weitaus wichtigste Traktanden die zwei Fragen vor, ob die Partei zusammen mit den Gewerkschaften und der Zentralstelle für Friedensarbeit ein Sekretariat für den Kampf gegen den Militarismus schaffen und ob sie mit jener von Grimm stammenden Motivierung, die so viel als möglich vom Erbe der Bolschewismuszeit rettet, in die zweite Internationale eintreten solle. Von Grimm und seinen Freunden ging auch die Opposition gegen den Plan einer Verbindung zwischen Partei, Gewerkschaft und Zentralstelle aus. Die Gehässigkeit gegen gewisse Personen, die in der Zentralstelle arbeiten (vor allem gegen den Schreibenden) spielte dabei eine grosse Rolle. Es handelte sich darum, ob die Partei sich prinzipiell zum Antimilitarismus bekennen oder ob sie für gewisse Fälle einen sozialistischen Militarismus vorbehalten solle. Das Erste wollen Gewerkschaften und Zentralstelle, das Zweite Grimm und Genossen. Wenn man den Kampf mehr von der persönlichen Seite her bezeichnen will, obschon er im Grund doch prinzipieller Natur war und ist, so kann man sagen: es ging um die Vorherrschaft des Systems Grimm in der Partei.

Begonnen hatte der Kampf mit dem tapferen Vorstoss Naines gegen Grimm, von dem im letzten Hefte gemeldet worden ist. Darauf folgten lebhaft, zum Teil heftige Auseinandersetzungen in der Presse. Der Parteitag nahm infolge davon eine dramatische Spannung an und gewann eine Bedeutung, wie beides schon lange keinem mehr geeignet hatte. Man sieht eben immer deutli-

cher, wie das Prinzip der Gewalt in den Mittelpunkt aller Diskussion rückt. In diesem Kampfe haben unsere Freunde die Sache einer wahrhaft sozialistischen Demokratie und Friedensgesinnung und zugleich die der Ehrlichkeit tapfer, eindrucksvoll, ja glänzend vertreten. Die Sache des Sozialismus ist in unserer Mitte schon lange nicht mehr auf einer solchen Höhe, mit einer solchen idealistischen Begründung verfochten und verkündigt worden. Der n u m e r i s c h e Sieg ist ihnen freilich nicht zugefallen. Das war unter diesen Umständen fast unmöglich. Durch eine Nachlässigkeit der Genossen von Neuchâtel, die man schon Schlamperei schlimmster Art nennen muss, war es der unter Grimmschem Einfluss stehenden Parteileitung (das ist der Ausschuss des Parteivorstandes) möglich gemacht worden, den Parteitag nach Bern zu verlegen. So stellten sich an diesem etwa hundert Berner ein, die in der überwiegenden Mehrheit Grimms Parolen gehorchen. Das war also fast ein Drittel aller Delegierten. Aus der Ostschweiz, die ebenso überwiegend gegen das System Grimm steht, war ein kleines Grüpplein erschienen, ebenso aus Neuchâtel. Sehr zu beklagen ist, dass die übrige welsche Schweiz so wenig geschlossen hinter Naine stand. Gewiss haben da auch sehr kleinliche und unsachliche Motive mitgespielt. Es ist ferner zu bedenken, dass die Delegierten zum grossen Teil zu den Offiziösen der Partei gehörten, bei denen Opposition gegen das System von vornherein einen weniger günstigen Boden findet. Endlich war die Regie völlig in der Hand unserer Gegner. So gelang es diesen, für ihre Vorschläge eine schwache Zweidrittelmehrheit zu bekommen. Gewiss hat dabei auch die Demagogie mitgewirkt, die mit der Behauptung operierte, wir Andern wollten die Arbeiter von den Bürgerlichen wehrlos abschlichten lassen. Als ob nicht unsere Taktik gerade auch immer den Sinn gehabt hätte, eine solche Abschlichtung zu verhindern, die nach unserer Ueberzeugung die sichere Frucht einer sozialistischen Gewaltmethode wäre.

Von einem wirklichen Sieg des Systems Grimm kann unter diesen Umständen nicht geredet werden. Wenn seine Blätter und seine bürgerlichen Gesinnungsverwandten die Sache so darstellen, so ist das wieder Taktik. Es liegt unsern bürgerlichen Militaristen ganz herrlich, dass sie nun erst recht sagen können: „Seht, die Gewaltlehre besitzt doch in der Sozialdemokratie die grosse Mehrheit, also . . .!“ Diese Leute haben in Bern gesiegt. Die schlimmste Folge dieses Sieges ist eine gewisse Lähmung unseres Kampfes gegen den Gewaltgeist. Es ist in der Tat nicht abzusehen, wie gewisse Vertreter der Partei noch den Mut aufbringen werden, gegen irgend welche Verletzungen der Demokratie aufzutreten, den Militarismus und Faschismus zu bekämpfen, da sie doch genau das gleiche Gewaltcredo haben, wie Mussolini und Scheurer. Sollten sie diesen Mut aufbringen, so wird es einer sein, der niemanden imponiert. Die Erklärung gegen den Faschismus, die in Bern zustande kam, hat darum schwerlich irgend einen Eindruck gemacht. Es hat sich in Bern gezeigt, was wir längst wussten: dass das schwerste Hindernis in unserem Kampfe gegen den Militarismus ein im Grunde selbst militaristisch gesinnter Sozialismus, ja noch mehr, dass der schlimmste Feind des Sozialismus — der Sozialismus selbst ist!

Zu diesen üblen Folgen der Berner Tagung gesellt sich eine gewisse vergiftende Wirkung auf die eigene Partei, wie sie in aller Zweideutigkeit und Halbheit liegt. Bedauerlich war, dass die Regie gleich am Beginn des Parteitages ein Zutrauensvotum für Grimm zustande brachte, das natürlich nur den Sinn hatte, man lasse sich für die Wahl des Präsidenten des Nationalrates die Kandidatur nicht von den andern Parteien vorschreiben, aber nicht, dass man zu Grimms Person und Taktik stehe. Dass diese das Vertrauen eines grossen Teils der Partei n i c h t geniessen, ist ganz klar. Aber wir „Reformisten“ gönnen dem Berner Stadtrat Grimm die weitere „revolutionäre“ Tätigkeit als Präsident des Nationalrates und später als wohlbestallter Bundesrat von Herzen.¹⁾

¹⁾ Das Kesseltreiben gegen die Wahl Grimms zum Präsidenten des Na-

Es ist also an diesem Verlauf des Parteitages Einiges selbstverständlich ungünstig. Aber von einem Sieg der „Richtung Grimm“ kann, wie gesagt, im Ernst keine Rede sein. Es ist ziemlich sicher, dass die Stimmung des Parteivolkes, besonders aber der Gewerkschaften, sehr anders ist. Sodann ist einiges festgestellt worden, was vorher nicht klar war und was keinen Sieg der Richtung Grimm bedeutet. Es ist klar gestellt, dass Grimm nicht „der“ Führer der schweizerischen Sozialdemokratie ist, sondern dass der lebendigste Teil der Partei, besonders die Jugend, gegen ihn steht, ja man darf wohl sagen: es ist klar geworden, dass die Macht dieses Systems nur von kurzer Dauer sein wird. Es ist die ganze Unwahrhaftigkeit dieses Halbbolschewismus sehr deutlich geworden. Ferner sind bei diesem Anlass gewisse Gewalttheoretiker mit ihren halb brutalen, halb kindischen Meinungen so offen hervorgetreten, dass ihre Sache schon dadurch gerichtet ist. Es muss doch auch unter unsern gegnerischen radikalen Genossen einen gewissen Eindruck gemacht haben, dass diese Sozialisten genau so redeten wie sonst enragierte bürgerliche Militaristen reden. Auch das ist zu bedenken, dass da schon der Eintritt in die zweite Internationale für jene Denkweise eine schwere Niederlage bedeutet, die zu verhüllen auch ein Zweck jener Motivierung war. Und endlich: Der Kampf geht weiter. Selbstverständlich bedeutet der Parteitag nicht seine Entscheidung, sondern bloss eine Phase darin. Die Hauptsache war, dass die neue Denkweise einmal kräftig und deutlich ihr Banner erhob. Das ist nun geschehen, ist auf glänzende und moralisch sieghafte Weise geschehen und darauf kam es an. Weitere Klärungen, die notwendig sind (z. B. über das, was wir andern von der Partei fordern und nicht fordern) wird die Fortsetzung des Kampfes bringen.

P. S. Vielleicht darf ich bei diesem Anlass doch wieder an meine Schrift über „Sozialismus und Gewalt“ erinnern, zu der ich in allem Wesentlichen immer noch stehe. Sie ist bei W. Trösch in Olten erschienen.

Nochmals Helsingfors. Die Bemerkungen und Dokumente über den Kongress der Christlichen Vereine junger Männer in Helsingfors im letzten Heft der „Neuen Wege“ (S. 429) haben uns Zustimmung und Widerspruch von ziemlicher Lebhaftigkeit eingetragen. Einige Aeusserungen des Widerspruchs lassen nach Stil und Gehalt jenen Geist vermissen, den die Schreiber in Stockholm gespürt zu haben behaupten, andere zeigen wirklich das Gepräge der Art Christi. Es soll in der Kürze, die uns leider die Rücksicht auf den Raum vorschreibt, klargestellt werden, was klarzustellen ist.

Zuerst eine allgemeine Bemerkung. Es lag meinem Korrespondenten, wie mir selbst, ganz ferne, das Gute und Grosse, was in Helsingfors sich zeigte, zu leugnen oder in seinem Werte herabzusetzen. Im Gegenteil: sowohl die Tatsache, dass wir von diesem Kongress redeten, als die kritischen Glossen zeugten von unserer hohen Einschätzung einer solchen Versammlung, an die wir freilich eben um dieser Einschätzung willen einen strengen Masstab legen. Ich werde darauf zurückkommen. Jedenfalls lag kein Uebelwollen irgend welcher Art vor.

Zugestehen möchte ich zum Zweiten einen Irrtum. Ich habe die in Helsingfors gestellten Fragen und Antworten „zahn“ genannt. Wie ich nun sehe, gilt dies aber bloss von den Antworten. Für diese halte ich an meiner Charakteristik fest. Anders verhält es sich mit den Fragen. Das ursprüngliche Fragenschema, das den Vereinen auf den Kongress hin vorgelegt wurde, ist so, dass man es nicht besser wünschen könnte; es ist nicht „zahn“, sondern

tionalrates (das übrigens Grimm bloss den Schein eines Martyriums und unverdiente Popularität verschafft) gehört in meinen Augen zum Törichtesten und Erbärmlichsten, was wir seit langem in der Schweiz gehabt — und das will etwas heissen.

kühn und radikal, ja revolutionär. Wenn der Raum das erlaubte, so würde ich es gerne abdrucken. Ich habe mich seinerzeit selbst darüber herzlich gefreut und mich gewundert, dass so etwas möglich sei. Es ist ein Zeichen des neuen Geistes, der auch in diesen Kreisen sich kräftig regt. Durch ein Versagen des Gedächtnisses ist es geschehen, dass ich, als ich meine Bemerkungen schrieb, nur noch eine Zusammenfassung jenes Schemas vor Augen hatte, das den Charakter grosser „Zahmheit“ zu haben schien. In diesem Punkte leiste ich also ohne weiteres amende honorable.

Nicht so verhält es sich — zum Dritten — in Bezug auf den besonders umstrittenen Punkt: die Haltung der deutschen Delegation in Helsingfors. Allerdings muss hier ein Missverständnis aufgeklärt werden. Weder meinte mein Korrespondent, es handle sich um einen Gegensatz von nationalem Charakter, etwa den zwischen Deutschen und Franzosen, noch war dies meine eigene Voraussetzung, wenn ich bemerkte: „Man sieht immer wieder, auf welcher Linie heute der grosse Kampf um die Wahrheit ausgefochten werden muss.“ Es wäre ja auch gehässig oder einfältig oder beides zugleich, wenn Einer glaubte, diese „Linie“ bedeute den Gegensatz von Deutschen und Franzosen. Er bedeutet selbstverständlich den zweier Denkweisen, und zwar der zwei Auffassungen vom Reiche Gottes, der, welche man etwa die quietistische nennt und die das Reich Gottes vorwiegend als ein jenseitiges fasst, das nicht in diese Welt eingehen kann, und der, welche man etwa die aktivistische nennt und nach welcher das Reich Gottes die Welt umgestalten will. Das Nationale spielt dabei höchstens die Rolle, dass das deutsche Luthertum im Grossen und Ganzen immer noch eher geneigt ist, die erstere Denkweise zu vertreten. Und nun hält mein Korrespondent (und andere mit ihm) daran fest, dass in diesem Sinne freilich ein Gegensatz zwischen der deutschen Delegation (die allerdings auch von Andern, z. B. den meisten Deutschschweizern unterstützt wurde) und jener andern Denkweise auch in Helsingfors, wie einst in Stockholm, hervorgetreten sei. Ich selbst kann diese Auffassung meines Korrespondenten bloss feststellen.

Aber mein Korrespondent, wie ich selbst, sind natürlich von Herzen froh, wenn dieser Gegensatz sich — in einer höheren Einheit, wie ich meine — auflöst.

Festhalten muss ich, und zwar ohne Einschränkung, an meiner kritischen Randglosse. Meine Skepsis bezieht sich freilich nicht bloss auf Helsingfors, sondern so ziemlich auf alle Kongresse dieser Art. Zu oft habe ich erfahren — auch an mir selbst — wie wenig bestimmend die Begeisterungen solcher Kongresse fern vom Schuss für die Haltung sind, die man daheim einnimmt, also da, wo es ernst werden sollte. Das Kriegssproblem ist aber so furchtbar dringlich, die Möglichkeit, dass diese jungen Männer aus aller Welt einander ein paar Wochen nach Helsingfors mit Gasmasken und Bajonetten gegenüberstünden, sich mit Flammenwerfern verbrennten, auf die Städte der Eltern, Brüder und Schwestern der Kongressgenossen Tod und Verheerung ausspeiende Bomben würfen, war so gross, dass alle Schwüre zu Christus und alle Abendmahlsfeiern und Verbrüderungen wenigstens den Draussenslehenden als eine Heuchelei im Sinne Jesu vorkommen mussten, bevor diese jungen Männer einander gelobt hätten: „Das tun wir nicht!“ Kann man das im Ernst bestreiten? Gerade das Grosse, das von Helsingfors berichtet wurde und das zu leugnen mir, wie gesagt, nicht einfiel, musste bei Menschen, die Erfahrungen hinter sich haben und wissen, was über der heutigen Welt hängt, diese Frage auf die Lippen drängen: „War das Ernst oder Spiel, Kampf oder Parade?“ Schlimm gemeint wars aber nicht und gerade Jünger Christi müssen das Recht einer solchen Frage begreifen. Summa: Helsingfors — alles gut und gross, aber mit einer Randglosse für die Zukunft, mit einem Häckchen für das Gewissen dran!

Sacco und Vanzetti. Wissen alle Leser, was Sacco und Vanzetti bedeutet? Sie müssen es wissen, denn es handelt sich um eine menschheitliche Angelegenheit, ähnlich dem Dreifusshandel. Vor etwa fünf Jahren wurden in Chicago zwei Italiener, eben Sacco und Vanzetti, zum Tode verurteilt, weil sie eine Mordtat begangen haben sollten. Die Beweise waren ganz ungenügend, ja für einen von beiden war sogar das Alibi (d. h. Abwesenheit vom Orte der Tat) nachgewiesen! Gewisse Entlastungszeugen wurden nicht zugelassen. Alles wies darauf hin, dass der entscheidende Richter, *Webster Thayer*, ohne Rücksicht auf Schuld oder Unschuld der beiden einfach ein Exempel statuieren wollte. Ihr Verbrechen war ja, Sozialisten zu sein! Einer der früheren Angestellten des Justizdepartementes von Massachusetts sagte unter Eid aus: „Es war die Meinung des Departementes, dass eine Verurteilung von Sacco und Vanzetti wegen Mord ein Mittel wäre, sie los zu werden.“ Fünf Jahre sitzen nun die beiden Männer im Gefängnis. Schon sollte die Hinrichtung stattfinden, da geschah etwas Unerwartetes: ein wegen anderer Verbrechen Verurteilter gestand, dass er, nicht jene Beiden, der Mörder gewesen sei. Nun wäre in einem „Kulturland“ doch wohl eine Revision des Prozesses selbstverständlich. Statt dessen wurde schleunige Hinrichtung des Entlastungszeugen verfügt — denn es gilt nur das Zeugnis Lebender! Ob die Verfügung ausgeführt worden ist, weis ich nicht. Jedenfalls setzten und setzen sich nun starke Kräfte für die beiden Verurteilten ein, die amerikanische Arbeiterschaft, aber auch einflussreiche bürgerliche Kreise, sogar sehr konservative. Man darf aufatmend hoffen, dass der Welt ein Justizverbrechen schlimmster Art erspart bleiben werde.

Warum die offiziellen Instanzen eine Revision des Prozesses so sehr scheuen, wird allerdings schon aus der oben angeführten Tatsache klar genug. Man mag dazu die andere fügen, die ebenfalls durch Eid erhärtet ist, dass die Gerichtsbehörde, um die Schuld der beiden doch noch zu beweisen, sich eines ausgedehnten Spitzelsystems bediente. Spitzel wurden unter die radikalen Arbeiter geschickt, Spitzel als „Mitverbrecher“ in Saccos Zelle, Spitzel in ein Komitee zur Verteidigung von Sacco und Vanzetti; ja, es wurde versucht, einen solchen sogar in Saccos Heim unterzubringen. Und das nennt man nun „staatliche Gerechtigkeit“ in einem Lande, wo das Recht so viel gilt!

Wir wissen freilich, dass in den letzten zwölf Jahren die Justizverbrechen Legion gewesen und dass sie immer noch an der Tagesordnung sind, auch dass darunter zahllose noch viel schlimmer waren und sind als dieses; aber wenn eines so wie dieses im Lichte der Weltöffentlichkeit steht, dann wäre es unerträglich, wenn es nicht gelänge, es zu verhindern.

Dienstverweigerung. Vor kurzem ist in Chur der Sekundarlehrer *Andreas Martig*, Sohn des Stadtpfarrers *Paul Martig* von Chur, wegen Dienstverweigerung vor dem Kriegsgericht gestanden und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Pfarrer *Gerber* hat ihn verteidigt. Abgesehen von dem Einfluss seines Elternhauses scheinen besonders die Eindrücke, die er in Woodbrook bei Birmingham, der Volkshochschule der Quäker, empfangen, für seinen Entschluss bestimmend gewesen zu sein. Fröhlich und entschieden stellte er seinen Mann und geht seinen Weg. Er büsst gegenwärtig in der Strafanstalt zu Basel das Verbrechen, dass er keine Menschen töten will. (Ob dort gleichzeitig auch Menschen büssen, die getötet haben? Es wäre ein merkwürdiges Widerspiel!) *Martig* ist ein Mensch, der sich durch seine ganze Art in Woodbrook ein ausserordentliches Mass von Sympathien erworben hat. Möge es der Sache, aber auch ihm selbst und seiner Familie zu hohem Segen gereichen! Matth. 5, 10. Gerade den Graubündnern, in deren politischem Leben seit längerer Zeit das Gewissen bei diesem und jenem Anlass keine gar grosse Rolle mehr gespielt hat, tut es gut, zu sehen, dass es so etwas noch gibt!

Es sitzen zur Zeit ebenfalls im Gefängnis die früher hier genannten Dienstverweigerer *Ith*, *Otter* und *Liechti* — der letzte zum zweiten Mal nach

kurzer Zeit. Ihnen allen sei Ehre! Wir grüssen sie besonders zu dieser Zeit, wo das „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ wieder durch die Welt geht. Sie sind Werkzeuge dieser Erlösung.

Eppur si muove! Es ist erstaunlich, wie nun der Gedanke der Dienstverweigerung marschiert. Während diese bei uns vielen immer noch als etwas Schreckliches gilt, sprechen sich in Deutschland und Frankreich bürgerliche Männer in hohen Stellungen dafür aus. So auf dem 11. deutschen Friedenskongress zu Heidelberg Oberregierungsrat z. D. Dr. Hans Simons, Direktor der Hochschule für Politik und Präsidialmitglied der „Deutschen Liga für Völkerbund“, Ministerialdirektor Dr. Freund in Dresden, der die Organisation der Kriegsdienstverweigerung für die einzige Rettung vor den uns drohenden Gefahren erklärt, Dr. Hans Wehberg, der Herausgeber der „Friedenswarte“. Dieser erklärt: „Für die Durchführung der Dienstverweigerung sprach sich diesmal eine so überwältigende Mehrheit, wie auf keinem anderen der neuesten pazifistischen Kongresse aus. Nur sechs Stimmen waren gegen die Ponsonby-Resolution [der englische Abgeordnete Ponsonby betreibt bekanntlich eine Sammlung von Unterschriften solcher, die sich verpflichten, auf keine Weise an Krieg oder Kriegsvorbereitung teilzunehmen; man wird nächstens das vorläufige Ergebnis erfahren. Vor einiger Zeit waren es in England allein 50,000, aber das ist nur ein Anfang.] Ich selbst habe . . . nicht gegen die Resolution gestimmt, sondern Stimmenthaltung geübt, weil ich aus psychologischen und technischen Gründen den Augenblick für eine Ponsonby-Aktion in Deutschland nicht für gegeben erachte, so sehr ich an sich für das Prinzip der Dienstverweigerung bin.“ (Friedenswarte 1926, 1. Die Zeitschrift sei abermals allen denen warm empfohlen, die in Bezug auf die pazifistische Bewegung genau orientiert sein wollen). Die „Ponsonby-Resolution“, die der Kongress annahm, lautet: „Der 12. deutsche Pazifistenkongress begrüsst den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als die Erfüllung eines der von ihm erstrebten Ziele. Er erhofft vom Völkerbund, dass er das wahre Instrument des Friedens werde und dass der Krieg als ultima ratio der Nationen endlich verschwinde. Zur Sicherstellung dieses Zieles ist es notwendig, alle Völker zur wahren Völkerbundsgesinnung zu erziehen. Diese Erziehungsarbeit muss gipfeln in der Entschlossenheit der Massen, im Falle eines Aufrufs zum Krieg die Gefolgschaft zu verweigern. Wirksam kann diese Kriegsdienstverweigerung nur sein, wenn die Massen der einzelnen Kriegsdienstgegner sich auch in Deutschland zur Kriegsdienstverweigerung verpflichten und und zusammenschliessen. [Von uns gesperrt. D. Red.] Deshalb ersucht der Kongress das deutsche Friedenskartell, die der Ponsonby-Aktion in England parallele, die deutschen Massen zur Kriegsdienstverweigerung aufrufende und sammelnde Aktion, die es Anfang des Jahres im Prinzip beschlossen hat, nunmehr in die Wege zu leiten.“

Ganz Aehnliches ist von dem 11. französischen Friedenskongress zu Valence zu berichten. Mit überwältigender Mehrheit wurde dort beschlossen: „Der Kongress rügt die Langsamkeit und den Mangel an gutem Willen, den die Regierungen in der Entwaffnungsfrage zeigen. Er wendet sich an die öffentliche Meinung, damit sie die Regierungen zur völligen Entwaffnung zwingt, die die einzige wahre Friedenssicherung ist, weil — nach der Ueberzeugung des Kongresses — der Friede mit der Existenz von Heeren unvereinbar ist. Jeder militärischen Aktion abgeneigt, wünscht der Kongress auch, dass der Völkerbund nur zu politischen, wirtschaftlichen und moralischen Sanktionen greife und nicht zu einer bewaffneten internationalen Macht, um die Durchführung seiner Entscheidungen zu sichern. Der Kongress hofft darüber hinaus, dass die Menschen in immer grösserer Zahl sich weigern, am Kriege teilzunehmen. Er erklärt, dass in einem Widerstreit zwischen dem Gesetz, das den

Kriegsdienst vorschreibt und dem Gewissen, das verbietet, zu töten, das Gewissen in seiner unbedingten und gewaltlosen Weigerung, an dem teilzunehmen, was Religionen und Sittlichkeit verbieten, den Vorrang haben muss.“ [Von der Red. gesperrt.]

Es wurden an beiden Kongressen noch ähnliche radikale Dinge beschlossen, darunter selbstverständlich die Abschaffung der Heere.

Diese Beschlüsse sind noch nicht Wirklichkeiten der Einrichtungen, aber sie sind Wirklichkeiten der Gedanken in einer wachsenden geistigen Vorhut der Völker. Und die Schweiz? Will sie endgültig in den allerletzten Nachtrab geraten?

St. Franziskus in der Schweiz. Für die auswärtigen Leser (die schweizerischen kennen sie schon) muss doch auch die Geschichte des heiligen Franz in der Schweiz erzählt werden. Ein Bauer aus dem Kanton Thurgau verteilt sein Vermögen im Wert von 50,000 Franken an die Armen. Es bleibt ihm nur noch ein Stück Wald übrig. Er lebt als Junggeselle von seiner Hände Arbeit. Die Tat hat er unter dem Einfluss einer religiösen Bekehrung getan. Sie ist um so auffälliger, als gerade die Bevölkerung des Thurgau nicht gerade wegen Abneigung gegen die materiellen Güter berühmt ist. Wieder einmal zeigt sich also: „Der Geist wehet, wo er will.“

Aber freilich wurde nun der Antrag auf die Bevormundung des Gegenbildes zum reichen Jüngling eingebracht und zwar wegen Verschwendung und Geisteskrankheit. (!) Die Behörde nahm letztere nicht an, „weil ein Ueberwiegen altruistischer Motive gegenüber den egoistischen nicht zur Annahme einer Geisteskrankheit genüge.“ (!) Dagegen beschloss er doch die Bevormundung, weil die Handlungsweise des Beklagten diesen der Gefahr des Notstandes und der Verarmung aussetze. (Vgl. Matth. 6, 19 ff; Matth. 19, 21 ff; Luk. 14, 33.) Der Bevormundete wendete sich an den Regierungsrat des Kantons Thurgau um Aufhebung jenes Beschlusses und erklärte dabei, er tue ja nur, was gegenwärtig alle Welt am heiligen Franz lobe. — Umsonst! Aber siehe da, das schweizerische Bundesgericht hob die Bevormundung auf und bezeichnete es als starkes Stück, dass man eine Handlungsweise, die eigentlich nur den christlichen Lehren entspreche, als Grund zur Bevormundung betrachte. Eine kostbare Geschichte, nicht wahr? Einen Kommentar wird man dazu nicht schreiben müssen!

Bern. Zusammenkünfte der „Freunde der Neuen Wege“ Sonntag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im grünen Saal des Volkshauses. Vortrag von Pfarrer Lejeune aus Zürich über J. Ch. Blumhardt. Donnerstag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Daheim, grosser Saal, Vorlesung eines Pestalozzi-Schauspiels durch den Verfasser Alfred Wirz.

Zum Schluss des Jahrganges.

Ich will diesmal zum Schluss des Jahrganges nicht viel sagen. Das vorliegende Heft mag ja zeigen, in welchem Sinne ich meine, dass die Arbeit weitergeführt werden solle. Es zeigt eine Reihe von wertvollen Mitarbeitern und geht vor allem auf diejenigen Probleme, die für uns jetzt die dringlichsten geworden sind. Gern hätte ich zum Beginn des Jahrganges ein Programm mitgeteilt,